

34 Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft

Denknetz-Gruppe Wirtschaftsdemokratie

Die Thesen werden von der Gruppe laufend weiterentwickelt. Wir publizieren hier die Version vom April 2019.

Seit dem Ausbruch der grossen Schuldenkrise (2007/08), die das globale Finanzsystem an den Rand eines Zusammenbruchs führte, hat die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen ein noch extremeres Ausmass erreicht als zuvor. Die führenden Banken, Industrie- und Handelskonzerne sind inzwischen noch grösser und noch mächtiger geworden. Die Unterordnung der Wirtschaft unter das Diktat der Finanzwelt ist zementiert worden. Dieser Irrweg bringt die Gesellschaft immer weiter vom Ziel einer sozial und ökologisch ausgewogenen Entwicklung ab.

Die Suche nach Profit im wirtschaftlichen Geschehen darf nicht länger die wichtigste Triebfeder unserer Existenz sein. Nur mit Hilfe von radikalen Reformen wird es nach unserer Auffassung möglich sein, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die uns die neoliberale Politik geführt hat. Anstelle des systembedingten Gewinnstrebens auf Kosten des Gemeinwohls und der Umwelt soll das *Prinzip der Solidarität* als Kerngedanke treten.

Hauptanliegen einer solidarischen Politik ist die Demokratisierung der Besitzstrukturen und der Entscheidungsmechanismen in der Wirtschaft, damit alle Beteiligten ihr demokratisches Mitspracherecht ohne Existenzangst gleichwertig ausüben können. Um dies zu ermöglichen, sollen Firmen nicht mehr Einzelnen gehören, sondern in gemeinsamen und unteilbaren Besitz aller Beschäftigten des jeweiligen Unternehmens umgewandelt werden.

Das bedingt einen politischen Rahmen, welcher die ungleiche Anhäufung von individuellem Vermögen begrenzt und gleichzeitig die nachhaltige Entwicklung des Gemeinwohls fördert. Konkret müssen die Finanzmärkte reguliert und das Steuersystem reformiert werden. Der Markt als flexibles Verteilungssystem von Waren hat sich jedoch in der Vergangenheit teilweise bewährt und soll eingeschränkt erhalten bleiben. Ziel ist die Verteilung von wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Macht auf alle und nicht nur auf diejenigen mit erheblichem Besitzstand.

Unser Projekt zur Aufwertung des Prinzips der Solidarität in Politik und Wirtschaft ist auf universale Reichweite und Anwendbarkeit ausgelegt. Wir stellen es hier in einer Reihe von Thesen vor, die als Kerngedanken

die öffentliche Debatte in politischen und sozialen Kreisen anregen sollen. Jede einzelne dieser Thesen wird eine vertiefte Diskussion über ihre konkreten Implikationen, Risiken und Ausführungsmöglichkeiten erfordern. Der damit verbundene demokratische Lernprozess ist anlässlich der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise und angesichts der weltweit herrschenden Ungerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums schon vielerorts angestoßen worden. In diesem Vorgang der Bewusstseins- und Meinungsbildung werden sich verschiedenartige Wege gesellschaftlicher Aktion finden lassen, um den Zielen einer alternativen Entwicklung näherzukommen.

Grundlagen

1

Solidarische Formen des Wirtschaftens wie Produktions-, Konsum- und Dienstleistungsgenossenschaften, selbstverwaltete Betriebe und Allmenden haben, wenn sie auf soliden ethischen Fundamenten stehen, in allen Bereichen der Ökonomie ihre Nützlichkeit unter Beweis gestellt. Sie sollen in Zukunft mit allen Mitteln gefördert werden.

2

Das **Prinzip der Solidarität als Motor** der wirtschaftlichen Tätigkeit wird im Staatswesen verfassungsmässig verankert und soll die gesamte Ökonomie immer stärker prägen.

3

Die allgemein gültigen Menschenrechte von 1948 sollen mit allen später vereinbarten Erweiterungen vollumfänglich umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die Teilhabe der Mitarbeitenden am wirtschaftlichen Produkt in der solidarisch organisierten Gesellschaft als zusätzliches **universelles Menschenrecht** postuliert.

4

Wirtschaftsdemokratie kann nur **im Rahmen eines demokratischen Staates** verwirklicht werden, in dem der gesamten Bevölkerung echte Möglichkeiten einer politischen Mitbestimmung in allen wichtigen Belangen gewährt werden. Dabei ist eine möglichst dezentrale Organisation der Entscheidungsstrukturen anzustreben. Die Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Justiz muss gewährleistet sein.

5

Wichtigste Instanzen zur demokratischen Willensbildung sind vom Volk **gewählte Räte als repräsentative Organe** auf allen Ebenen der Gesellschaft, wie sie in einigen Ländern schon existieren. Nur so ist eine solidarische Nutzung der verfügbaren Ressourcen möglich, wodurch eine dau-

erhafte Befriedigung der Grundbedürfnisse aller sozialen Sektoren erreicht werden kann.

6

Die Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Geschehens stützt sich prinzipiell auf verschiedene Formen von **Volksentscheiden** (Plebiszite und das Recht, mittels Initiativen konstitutionelle und legale Änderungen oder Neuerungen zur Abstimmung zu bringen).

7

Die **Rechtsgleichheit** und damit das Verbot der Diskriminierung aller auch indirekt Betroffenen ist – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Herkunft, Religion und sozialer Klasse – ungeachtet jeglicher religiöser und ethnischer Tabus in Theorie und Praxis durchzusetzen.

Wirtschaftsdemokratie

8

Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet das Recht aller Mitarbeitenden eines Unternehmens auf **Mitentscheidung, Teilhabe und Mitverantwortung**. Die Mitarbeitenden entscheiden gemeinsam über alle wichtigen Angelegenheiten des Unternehmens nach dem demokratischen Prinzip: ein Mensch – eine Stimme. Sie bestimmen insbesondere über die Arbeitsbedingungen, die Produktions- und Vertriebspolitik sowie die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Sie können Entscheidungen an demokratisch gewählte, repräsentative Organe in ihrem Betrieb delegieren.

9

Das Geld- und Anlagevermögen des Unternehmens wird in **unteilbaren Besitz der Gemeinschaft** der Mitarbeitenden umgewandelt. Der Firmenbesitz ist also nicht mehr an einzelne Personen gebunden und auch nicht unter einzelnen Personen aufteilbar. Das Kapital wird damit ›neutralisiert‹. Individuelles Horten von Kapital und Machtkonzentration, die mit dem Wesen der Demokratie letztlich ohnehin unvereinbar sind, werden damit verhindert.

*Der Begriff der **Neutralisierung des Kapitals** stammt vom tschechischen Wirtschaftswissenschaftler Ota Sik, der Ende der 1960er Jahre als Mitglied der Regierung Dubcek den Prager Frühling entscheidend inspiriert hat. Er hat dieses Modell in seinen beiden bedeutendsten Werken *Humane Wirtschaftsdemokratie* (Hamburg, 1979) und *Ein Wirtschaftssystem der Zukunft* (Berlin, 1985) ausführlich beschrieben.*

10

Der Staat leistet mit seinem **Service public** einen unerlässlichen Beitrag zum Gemeinwohl der gesamten Bevölkerung. Zu deren wichtigsten realen Bedürfnissen gehört der Ausbau, die Verbesserung und Humanisierung

der Pflegetätigkeit (Care-Ökonomie) mit vorwiegend öffentlichen Mitteln. Private Initiative soll dabei nicht ausgeschlossen werden, solange sie nicht der Profitorientierung folgt. Öffentliche Dienstleistungsfirmen müssen demokratisch gesteuert und kontrolliert werden.

11

Dem Prinzip einer allen Menschen zugänglichen **Bildung und Ausbildung** muss oberste Priorität zukommen. Der Trend zur Ökonomisierung dieser Bereiche und die zunehmende Beeinflussung des akademischen Betriebs durch Kapitalinteressen (zum Beispiel mittels Sponsoring) müssen gebrochen werden. Vor allem in ärmeren Ländern sind gezielte Anstrengungen zu einer Verbesserung der Ausbildung von Lehrkräften auf allen Niveaus und bessere Entlohnung derselben dringend nötig. Die dazu erforderlichen finanziellen Mittel werden durch eine sozial gerechte Steuerpolitik generiert, wie sie in den Thesen 29 bis 34 umrissen wird.

12

Lernende sollen eine Bildung auf der Grundlage von **humanistischen Werten** erfahren. Ziel ist ihre Vorbereitung auf eine demokratische Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Solidarität und Toleranz beruht. Sie sollen als Bürgerinnen und Bürger ermächtigt werden, in diesem Prozess aktiv mitzuwirken. Bildung soll sie auch dazu befähigen, eine gute Erwerbsarbeit zu finden, die eine sinnvolle Tätigkeit und würdige Existenz ermöglicht.

Markt und Planung

13

Wir halten sowohl die absolute Marktgläubigkeit des Neoliberalismus als auch ein dogmatisches Verharren in planwirtschaftlichen Konzepten für Irrwege. Hingegen ist ein **gleichzeitiges Wirken von Marktmechanismen und wirtschaftlicher Planung** sinnvoll und notwendig. So können die Unternehmen ihre Tätigkeit autonom entfalten und ihre Erzeugnisse im Markt anbieten, der durch die in den nachfolgenden Thesen (14 bis 18) genannten Kriterien reguliert und eingehegt wird.

14

Damit die einzelnen Entscheidungen der Marktteilnehmenden auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden, braucht es eine **Rahmenplanung** (makroökonomische Planung), die in erster Linie die Umweltpolitik, den Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur, die Vermeidung von einseitiger Marktmacht, einen geordneten Konjunkturverlauf und die Verbesserung der Lebensqualität der ganzen Bevölkerung im Auge behält. Sie obliegt im Prinzip öffentlichen Instanzen auf globaler, nationaler, regionaler oder

kommunaler Ebene. Die Interessen einzelner Sektoren der Wirtschaft werden dabei angemessen berücksichtigt, dem Gemeininteresse aber stets untergeordnet. Die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger muss ein wirksames Gegengewicht zur Macht und zum Einfluss der wirtschaftlichen Verbände und ihrer Lobbys im demokratischen Entscheidungsprozess bilden.

15

Eine **nachhaltige Umweltpolitik** verlangt in erster Linie Respekt vor der Natur. Das ist der tiefere Sinn der Philosophie vom guten Leben (*buen vivir*), wie es von verschiedenen indigenen Völkern angestrebt wird. In völligem Widerspruch dazu steht der Mythos, dass es nur mit Hilfe von wirtschaftlichem Wachstum und der damit einhergehenden Plünderung und Verschmutzung der Umwelt Fortschritt geben könne. Zwischen den vitalen Bedürfnissen wirtschaftlich benachteiligter Gesellschaften und den Ansprüchen privilegierter Teile der Menschheit muss solange differenziert werden, bis mit solidarischen Wirtschaften ein ethisch vertretbarer Ausgleich zwischen den ärmsten und den reichsten Schichten der Bevölkerung erreicht ist und menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle gewährleistet sind.

16

Subventionen und andere staatliche Beihilfen werden in speziellen Fällen (zum Beispiel für den Ausbau und Betrieb des öffentlichen Verkehrs) ausgesprochen. Der Staat kann zur Absicherung der Grundbedürfnisse aller Bevölkerungsteile in die Preisbildung eingreifen.

Fähigkeit und Mittel, um Subventionen an die lokale Wirtschaft zu vergeben, unterscheiden sich von Land zu Land stark. Generell muss man sich vor Exzessen bei solchen stimulierenden Massnahmen jedoch hüten. Sie können den finanziellen Haushalt über kurz oder lang sprengen und bergen zudem die Gefahr, das Preisgefüge aus dem Gleichgewicht zu bringen.

17

Um das Entstehen und Wuchern von Monopolen, Oligopolen und übermächtigen Unternehmerverbänden zu verhindern, werden die **Wettbewerbs- und Kartellgesetze** verschärft und mit aller Konsequenz durchgesetzt. Im Extremfall können Unternehmen verstaatlicht werden.

18

Das **Patentrecht** muss neu gefasst und dabei auf die Förderung von Allmendmodellen, freiem Austausch des Wissens (*open source*) und kollaborativer Arbeit ausgerichtet werden. Um freies Wissen zu fördern, sollen Verfahren oder Produkte als offene Patente registriert werden. Damit ermächtigt man alle Interessierten weltweit zur freien Nutzung, solange

sämtliche Weiterentwicklungen solcher Güter oder Verfahren wiederum als offene Patente allen zur Verfügung gestellt werden.

19

Unter den Voraussetzungen einer Dominanz solidarischer Formen des Wirtschaftens, allgemein verbindlicher Umweltpolitik und Rahmenplanung, Einschränkung der privaten Wirtschaftsmacht und einer zentralen Rolle der öffentlichen Hand bei der Grundversorgung wie auch bei allen wesentlichen Sektoren des Service public kann der Markt hinreichend frei und gleichzeitig **im Dienst des Gemeinwohls** funktionieren. In diesem Sinn ist ein regulierter Markt langfristig effizienter und humaner als der sogenannte freie Markt, wie er gegenwärtig existiert.

Gemeinwohl

20

Die Globalisierung hat unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen zu einer immer extremeren Konzentration des Reichtums geführt. Demgegenüber fordern wir eine **Globalisierung für alle**, die sich an globalen Rechtsnormen und an den Beschlüssen globaler demokratischer Gremien orientiert. Gleichzeitig sehen wir die Möglichkeit einer Anpassung der vorliegenden Thesen an nationale Gegebenheiten, sofern die Prinzipien solidarischer Politik dabei nicht umgestossen werden.

21

Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung wandeln immer mehr Arbeitsplätze um. Während spezialisierte Arbeitskräfte zum Zuge kommen, werden vor allem Beschäftigungen für Niedrigqualifizierte weg-rationalisiert. Die davon Betroffenen dürfen nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse abgeschoben werden. Eine auf Automatisierung ausgerichtete Entwicklung kann für die Gesellschaft als Ganzes nur sinnvoll sein, wenn sie erstens mit einer Verkürzung der Arbeitszeit bei etwa gleich bleibenden Reallöhnen und zweitens mit einer Stärkung demokratischer Mechanismen einhergeht.

22

Die **Auswertung personenbezogener Daten** erlaubt eine umfangreiche und differenzierte Verhaltensanalyse einzelner Personen. Die Möglichkeit gezielter Einflussnahme, die sich daraus ergibt, untergräbt die nötige Unabhängigkeit zu freier Entscheidung beträchtlich. Jeder Mensch soll selbst bestimmen können, wem er/sie welche Daten aushändigt, sie/er soll in jedem Fall uneingeschränktes Zugriffs- und Löschungsrecht auf ihre/seine Daten besitzen. Ohne explizite Zustimmung der Betroffenen gesammelte Daten sind zu löschen. Datenbanken, in denen Personendaten gespeichert

werden, müssen per Gesetz klar voneinander getrennt sein und dürfen nachträglich nicht miteinander verknüpft werden. Über Personen dürfen ohne hinreichenden strafrechtlichen Verdacht keine Dossiers ohne ihr Einverständnis erstellt werden.

Staatlich verfügte Massenüberwachung ist ein gefährliches politisches Machtinstrument in den Händen Weniger. Es stellt alle Übrigen unter Generalverdacht, widerspricht dem Prinzip der Unschuldsvermutung und ist daher als verfassungswidrig zu bekämpfen.

23

Private Besitzansprüche im persönlichen Lebensbereich, soweit sie Gebrauchsgüter und Wohneigentum (ohne Grundbesitz) in sozial und ökologisch vertretbarem Ausmass betreffen, sind legitim, sofern sie nicht auf der Ausbeutung anderer Menschen beruhen, nicht schwere Umweltschäden verursachen und nicht unter Missachtung elementarer ethischer Normen, insbesondere mittels korrumpierender Praktiken, zustande gekommen sind.

24

Das Privateigentum des Bodens wird aufgehoben. Wer ihn zu produktiven Zwecken nutzen will, schliesst einen langfristigen Pachtvertrag mit der zuständigen öffentlichen Instanz ab. Wer ihn zu Wohnzwecken braucht, kann bei derselben Amtsstelle die Nutzung im Baurecht für eine ebenfalls angemessen lange Zeit beantragen. **Bodenschätze** sind und bleiben jederzeit staatliches Eigentum. Wenn sie zur Nutzung vergeben werden, müssen die entsprechenden Pacht- oder Konzessionsverträge hohe steuerliche Auflagen enthalten. Nicht erneuerbare Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Mineralien sollen auf diesem Weg für die Gesamtheit der Bevölkerung einen substanziellen Nutzen in der Gegenwart und womöglich – mittels Anlagen in gemeinschaftlich verwalteten Fonds – auch in der Zukunft abwerfen.

25

Die Frage der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln stellt sich mit besonderer Dringlichkeit hinsichtlich der **Massenmedien**, denn diese üben bei der demokratischen Meinungsbildung eine Schlüsselrolle aus. Alle Medienunternehmen müssen demokratisch organisiert sein. Pressefreiheit muss gewährleistet werden. Reichtum und Unternehmermacht dürfen nicht darüber entscheiden, welche Meinungen verbreitet werden können. Die Rolle der Werbeindustrie und ihr Verhältnis zu den Medien muss neu definiert und den realen Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden.

Finanzwesen und Steuerpolitik

26

Die strikte **Regulierung des Finanzwesens** ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Demokratisierung der Wirtschaft. Banken, die zu gross und zu komplex geworden sind, müssen in kleinere Einheiten zerlegt werden, Geschäftsbanken und Investmentbanken müssen getrennte Unternehmen sein. Jede Einheit muss eine genügend grosse Eigenkapitaldecke aufweisen und ohne Folgen für die Gesamtwirtschaft Konkurs machen können. Vorrangige Funktion aller Finanzinstitute ist es, mit den Ersparnissen des Publikums unter Einhaltung der Rahmenplanung produktive Investitionen zu finanzieren. Die Zukunft gehört den genossenschaftlichen, alternativen und straff geführten staatlichen Banken. Alle Banken werden unter besonders enge Aufsicht gestellt.

27

Der **Zahlungsverkehr** wird als öffentliche Dienstleistung definiert und als solche organisiert. Bargeld muss als Instrument demokratischer Bewegungsfreiheit erhalten bleiben.

28

Geldschöpfung wird grundsätzlich von der Zentral- oder Notenbank betrieben. Alle übrigen Finanzinstitute können Kredite nur in einem verfassungsmässig festgelegten Verhältnis zu ihrem Eigenkapital und zu den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserven vergeben. Bei der Geldverleihung an Unternehmen und Privatpersonen erfolgt die Regulierung durch eine strikte Definition des Wuchers und klare Regeln für Konkurse auf allen Ebenen, so auch für insolvente Staaten. Übermässige Verschuldung muss auf allen Niveaus (Staat, Unternehmen, Haushalte) durch unabhängige Kontrollinstanzen verhindert werden.

29

Die Steuerpolitik ist ein machtvolles Instrument zur Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Der Übergang zu einer solidarisch orientierten Wirtschaft ist ohne radikale **Vereinfachung und Umgestaltung des Steuersystems** nicht denkbar. Diese betreffen in erster Linie die Eliminierung aller Ausnahmeregelungen, die den Wohlhabenden einschneidende Reduktionen der Steuerrechnung erlauben. Kapitalgewinne jeglicher Art und Bonuszahlungen werden ohne Ausnahme gleich besteuert wie gewöhnliche Lohn-einkommen.

30

Die in Ansätzen bereits bestehende Finanztransaktionssteuer wird auf die gegenwärtig vielfachen spekulativen Umtriebe in der Weltwirtschaft erhoben.

Da diese Steuer im globalen Kontext erhoben wird, könnten ihre Erträge einer regelmässigen Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren Ländern, Katastrophen- und anderen Nothilfemassnahmen, globaler Forschung im Dienst der gesamten Gesellschaft, der Bekämpfung von Epidemien und dem gemeinsamen Aufbau von wirtschaftlich, sozial und ökologisch sinnvollen Infrastrukturwerken dienen.

31

Unverzichtbar ist auch das Prinzip einer starken **Progression** bei der Besteuerung von Einkommen, Vermögen und/oder Erbschaften, wie es in skandinavischen Staaten ab Mitte des 20. Jahrhunderts mit vorzüglichen gesamtgesellschaftlichen Ergebnissen vorübergehend praktiziert wurde. Dasselbe Prinzip der Progression soll auch bei den Unternehmenssteuern zur Anwendung gelangen. Grossbanken und Konzerne werden in der Übergangsphase zur solidarisch strukturierten Gesellschaft in ihrem Trend zum Gigantismus durch progressive Steuerbelastung wirksam gebremst.

32

Der **Maximalsteuersatz** bei persönlichen Einkommen, Vermögen und/oder Erbschaft wird drastisch erhöht und in mehreren Progressionsstufen erreicht. In sozialer Hinsicht ebenso wichtig wie eine konsequente Abschöpfung der grössten Löhne und Kapitalgewinne ist die Steuerbefreiung der niedrigsten Einkommen.

33

Verbrauchersteuern sind sozial meistens ungerecht und sollten vor allem in ärmeren Ländern so tief wie möglich gehalten werden. Produkte, die aus nicht nachhaltigen Ressourcen wie fossilen Treibstoffen stammen oder gesundheitsschädigend wirken wie Alkohol und Tabak, sind hingegen mit hohen Sonderabgaben zu belasten.

34

Der Kampf gegen sämtliche Formen der **Steuerhinterziehung** wird durch digitale Vernetzung der Steuerbehörden aller Länder und automatischen Informationsaustausch sowie mittels Austrocknung aller Steueroasen permanent und bis zur letzten Konsequenz geführt. Nationale und internationale Steuerharmonisierung in den wesentlichen Aspekten muss den ruinösen Steuerwettbewerb verhindern.